

Begrüßung: MinDir Reinhard Junker, Bundesministerium für Bildung und Forschung
Tagung „Wege zur Nachhaltigkeit- Die Zukunft der Ver- und Entsorgungssysteme“,
5.4.2005, Bonn

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Finger,
sehr geehrte Damen und Herren,

seien Sie herzlich willkommen in Bonn – das sage ich nicht zu Herrn Finger, über dessen Ansprache ich mich gefreut habe.

Ich überbringe Ihnen die herzlichen Grüße und guten Wünsche der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Edelgard Bulmahn.

Wie Sie sicher wissen, ist Bonn der erste Dienstsitz des BMBF, und wir beschäftigen hier 750 der insgesamt 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses.

Die Konferenz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Wege zur Nachhaltigkeit – Die Zukunft der Ver- und Entsorgungssysteme“ ist ein wichtiger Moment in der Stärkung der Bundesstadt Bonn, in der – wie Sie vielleicht nicht wissen - immer noch die Mehrheit der rund 17000 Bediensteten der Bundesregierung arbeitet.

Meine Damen und Herren,

ich freue mich über das große Interesse an den Fragestellungen und Ergebnissen der sozial-ökologischen Forschungsförderung für eine zukunftsfähige Wasser- und Energieversorgung. Seit den 1990er Jahren haben die verschiedenen amtierenden Bundesregierungen den Wandel der öffentlichen Versorgungsstrukturen engagiert voran getrieben, zunächst mit der Liberalisierung von Telekommunikation und Post. Ab 1998 wurde der Stromsektor für Wettbewerber geöffnet. Ab Juli dieses Jahres können sich gewerbliche Kunden ihren Gasanbieter frei wählen, 2007 folgen die Privathaushalte. Auch der Wassersektor ist in Bewegung geraten, nicht zuletzt aufgrund der Wasserrahmenrichtlinie und der Auftragsvergaberegulungen der Europäischen Union. Zu diesen wirtschaftspolitischen Entwicklungen kommen der technologische und demografische Wandel sowie seit 2002 die nationale Nachhaltigkeitsstrategie hinzu, in der sich die Bundesregierung zu einem fairen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen verpflichtet. Wohin also geht die Reise der Ver- und Entsorgungssysteme, fragen sich Politik, Wirtschaft und Verbraucher: Bleiben die Preise stabil, steigen oder sinken sie? Bleibt die Versorgung mit Wasser und Energie sicher? Werden wir innovative und qualitätsbewusste Versorgungsunternehmen mit robusten Arbeitsplätze haben? Und wo bleibt bei allem der Umweltschutz?

Damit aus versorgten Bürgern selbstbewusste Kunden werden können, brauchen wir Instrumente des Wettbewerbsrechts und des Verbraucherschutzes. Denn in netzgebundenen Versorgungssektoren können – wie Ökonomen dies nennen - „natürliche Monopole“ entstehen, d.h. Kostenvorteile durch Größe begünstigen dauerhafte Monopolstrukturen. Sie bedürfen somit der besonderen Aufmerksamkeit der Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik. Deshalb hat die Bundesregierung Anfang 1998 – übrigens in unmittelbarer Nähe dieses Bonner Wasserwerks – die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post geschaffen und ist derzeit dabei ihr auch die Zuständigkeit für Strom und Gas übertragen. Hauptziel der Regulierungsbehörde ist die Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs und einer flächendeckenden Grundversorgung zu erschwinglichen Preisen. Mit dieser Zielrichtung auf Wirtschaft und Verbraucher werden zwei Säulen der Nachhaltigkeit – Wirtschaft und Gesellschaft – angesprochen. Im Bereich der Wasserversorgung und der Energiemärkte werden verstärkt Umweltfragen eine wichtige Rolle spielen, schon allein aufgrund des Emissionshandels, für dessen Umsetzung das Bundesumweltamt zuständig ist.

Bereits im Jahr 2000 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung den Förderungsschwerpunkt sozial-ökologische Forschung eingerichtet, um Orientierungs- und Handlungswissen zu Nachhaltigkeitsfragen zu entwickeln. Für Forschungsprojekte zur Zukunft der Infrastruktursysteme Wasser, Energie und Abfall stellen wir zwischen 2002 und 2007 rund 9,5 Mio. € zur Verfügung. Die Entwicklung von Wasser- und Energietechnologien unter Einbeziehung der Industrie kennzeichnet seit Jahrzehnten die Forschungsförderung des BMBF. Das Förderprogramm sozial-ökologische Forschung geht jedoch über Fragen der Technikentwicklung hinaus. Sein zentrales Kennzeichen ist die Zusammenarbeit von Gesellschafts-, Technik- und Naturwissenschaften und der Einbeziehung von praxisbezogenem Know-how außerhalb der Wissenschaft: In den Forschungsprozess werden neben öffentlichen und privaten Versorgern auch Bundes-, Länder- und Kommunalvertreter sowie Umwelt- und Verbraucherverbände einbezogen. Wir wollen so erreichen, dass einerseits die so verstandene Praxis schneller mit aktuellen Forschungsergebnissen „versorgt“ wird, andererseits, dass noch realitätsnäher geforscht wird. Denn auch wenn Technologien wichtig zur Erleichterung unseres Alltags ist, so können sie doch nur *ein* Baustein zur Gestaltung unseres Daseins sein.

Wie Sie am Konferenzprogramm sehen, werden alle Vorträge aus Wissenschaft und Praxis kommentiert. Darüber hinaus möchte ich jedoch insbesondere die anwesenden Gäste aus der Praxis dazu ermuntern hier und heute kräftig und kritisch über die Zukunftsoptionen der Wasser- und Energieversorgung mitzudiskutieren. Wir haben, so meine ich, dazu ausreichend Zeit eingeplant. Die Medienvertreter sind zudem heute Abend um 18:30 Uhr zum Pressegespräch mit Wissenschaftlern und Praktikern eingeladen. -

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zum Gebäude sagen, in dem wir tagen.

Auch der heutige Tagungsort symbolisiert ganz offensichtlich den Wandel, dem die scheinbar stabilen öffentlichen Versorgungsstrukturen ausgesetzt sind. 1875 als Bonner Wasserwerk erbaut, bereitete in diesem Gebäudekomplex bis 1984 solide Reinigungstechnik das Uferfiltrat des Rheins für Notreserven auf. Sie sehen hier über sich noch den großen Kran. In der Cafeteria können Sie die erhaltenen großen Schieber-Ventile sehen, die zu Cafétischen umfunktioniert worden sind.

Vor 20 Jahren wurden jedoch die Maschinen ausgebaut und wichen einer modernen Konferenztechnik.

Denn von 1986 bis 1992 wurde „das Wasserwerk“ vom Deutschen Bundestag als provisorischer Plenarsaal genutzt, in dem nichtsdestotrotz historische Entscheidungen gefällt wurden – bis hin zum Beschluss über die deutsche Wiedervereinigung am 20. September 1990.

Am 20. Juni wurde dann der Umzugsbeschuß von Parlament und Regierung nach Berlin in diesem Raum mit 338 zu 320 Stimmen gefasst.

Aber auch die parlamentarische Nutzung blieb vorübergehend. 1992 zog der Bundestag in den benachbarten Neubau und 1999 in das Berliner Reichstagsgebäude. Die Bonner Plenarsäle werden nun als internationales Kongresszentrum weitergenutzt und werden demnächst sogar baulich erweitert.

Ich hoffe, dass dieser historische Ort allen Beteiligten eine angenehme Atmosphäre bietet, um über die Veränderungen und die Zukunft der Ver- und Entsorgungssysteme nachzudenken und kreativ zu diskutieren. Ich wünsche uns spannende Vorträge und einen fruchtbaren Gedankenaustausch.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.